



Der Ausländerbeirat



Az.: ABR/MR

Gießen, den 29. November 2018

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Markéta Roska
Gebäude F, Raum F207
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1790
marketa.roska@lkgi.de
www.lkgi.de

N I E D E R S C H R I F T

**über die 27. Sitzung des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen
am 16.10.2018**

Gießen - Stadtverordnetenversammlung - Sitzungssaal

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 28.09.2018 eingeladen.

Es sind anwesend:

Kreisausländerbeirat

Melek Adigüzel
Rasim Azim
Marcel Dossou
Abderrahim En Nosse
Francoise Hönle
Fabrice Hountsa Djoumessi
Wesam Jouda
Natalia Knöbl
Edin Muharemovic
Boris Royak
Philipp van Slobbe
Tim van Slobbe
Ewa Wenig

Stellv. Vorsitzende

Vorsitzender

Verwaltung

Markéta Roska

Entschuldigt:

Kreisausländerbeirat

Maria Alves
Ludmilla Antonov
Ahmet Arslan
~~Kenan Aslanoglu~~

Nicht mehr im Landkreis

Nicht entschuldigt:

Kreisausländerbeirat

Taner Kaya
Bülent Özogul
Erdem Taman
Donaldson Tongle Kenfack

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates der Stadt Gießen, Zeynal SAHIN, eröffnet um 18:35 Uhr die Sitzung. Er begrüßt alle anwesenden Ausländerbeiratsmitglieder, Parteivertreter*innen und Gäste und erklärt, dass Kandidat*innen der AfD für die Landtagswahl zur heutigen Diskussion nicht eingeladen wurden, da sie in den Augen der veranstaltenden Ausländerbeiräte nicht zu den demokratischen Parteien gehören.

Anschließend eröffnet Tim VAN SLOBBE, Vorsitzender des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen ebenfalls die gemeinsame Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er teilt mit, dass Kenan ASLANOGLU als Kreis-ausländerbeiratsmitglied ausgeschieden ist, da er aus dem Landkreis weggezogen ist. Der Nachrücker wurde informiert.

2. Podiumsdiskussion zu integrationspolitischen Themen mit den Kandidaten der Wahlkreise 18 und 19 zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018

Im Folgenden die Fragen an die Politiker*innen mit den Antworten in Stichpunkten:

Frage 1

Die Ausländerbeiräte der Stadt und des Landkreises setzen sich für eine schullaufbahnrelevante Berücksichtigung von Herkunftssprachen im hessischen Schulsystem ein und fordern, dass möglichst viele Herkunftssprachen als 2. oder 3. Fremdsprache angeboten werden. Welche Konzepte schlägt Ihre Partei zur Förderung der Mehrsprachigkeit vor?

Malke AYDIN, CDU

- Wichtig zuerst die deutsche Sprache zu lernen
- Intensivkurse für Flüchtlinge

Manuela GIORGIS, FDP

- Kann kein Konzept auf Anhieb darlegen, Deutsch aber wichtigste Sprache
- Arabisch und Türkisch ggfls. als Wahlkurs
- Qualität und Digitalisierung in Schulen verbessern
- Schüler*innen nicht überfordern

Francesco ARMAN, Die Linke

- Deutsch als Erstsprache ist Tatbestand
- Herkunftssprachen wichtig für Wertschätzung und Gefühl der Mehrsprachigen
- Qualifizierte Lehrkräfte für die Herkunftssprachen schon vorhanden

Dr. Diego SEMMLER, Freie Wähler

- Zuerst Deutsch lernen, idealerweise bereits in der Kita
- Zweitsprache Englisch
- Danach sollte es einen breiten Mix an Angeboten inkl. Türkisch,

- Russisch, Arabisch geben
- Besonders wichtig: Unterricht durch Muttersprachler*innen

Christian ZUCKERMANN, Bündnis 90/Die Grünen

- Mitgebrachte Kompetenzen der Schüler*innen stützen – die Grünen unterstützen das Anliegen der Ausländerbeiräte
- Deutsch wichtig
- Kleine Klassen und gute Pädagog*innen führen zu guter Integration

Frank Tilo BECHER, SPD

- Mehrsprachigkeit an Schulen ist Qualitätsmerkmal
- Beispiel Sprachkitas als neues Vorbild
- Identität und Wertschätzung nicht im Widerspruch zum Deutscherwerb
- Qualifikation und Auswahl der Lehrkräfte wichtig
- Qualität der Bildung zentral für Integration

Frage 2

Antidiskriminierungspolitik ist ein Kernthema der Ausländerbeiräte. Sie ist Menschenrechtspolitik und der Diskriminierungsschutz ist maßgeblich für die Ausbildung von Zugehörigkeitsgefühl und damit für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer hessischen Antidiskriminierungsrichtlinie? Ist Ihre Partei bereit, die Einrichtung von dezentralen, niederschwelligen Anlauf- und Beratungsstellen für von Diskriminierung Betroffene in den hessischen Städten und Regionen zu fördern?

Dr. Diego SEMMLER, Freie Wähler

- Antidiskriminierungspolitik extrem wichtig und Kernthema
- Dezentrale Anlaufstelle wichtig, Antidiskriminierungspolitik aber weiter denken – Respekt in der Gesellschaft zurück gewinnen
- FW auch innerparteilich wird Diskriminierungsfreiheit angestrebt

Christian ZUCKERMANN, Bündnis 90/Die Grünen

- Antidiskriminierungspolitik sozialer Bestandteil unserer Sozialpolitik
- Z.B. WIR-Koordination stärker vernetzen und stützend, um gute Anlaufstellen zu haben

Frank Tilo BECHER, SPD

- Klares „JA“
- Netzwerk gegen Diskriminierung fördern
- Hilfsfond für Betroffene
- Verbandsklagerecht
- Anlaufstellen auf kommunaler Ebene stärken

Francesco ARMAN, Die Linke

- Die Linke unterstützt das Anliegen
- Niedrigschwellige Angebote, gut erreichbar und nicht unbedingt staatlich, in den Quartieren verankern

Dr. Klaus DOLL, FDP

- Hatte als Hochschullehrer nie den Eindruck, dass sich an der Hochschule Menschen diskriminiert fühlen
- Auch Deutsche können diskriminiert werden. Gesetzliche Grundlagen vorhanden – Grundgesetz und Hessisches Gleichstellungsgesetz
- Auch durch Betriebsräte u.a.m. gibt es bereits ausreichende Regelungen – Lösung durch konsequente Durchsetzung

Malke AYDIN, CDU

- Antidiskriminierung sollte politisch verankert sein, wie in der Hessischen Landesregierung
- Vielfalt als Herausforderung und Bereicherung
- Antidiskriminierungsstelle Hessen vermittelt an spezialisierte Anlaufstellen
- Forderung also von Landesseite erfüllt und wird weiter verfolgt

Frage 3

Wie steht Ihre Partei zur Einführung des Kommunalwahlrechts für in Deutschland sesshafte Ausländer*innen ohne EU-Staatsangehörigkeit?

Francesco ARMAN, Die Linke

- Ja, Menschen, die hier leben sollen nicht nur gleicher Pflichten, sondern auch gleiche Rechte und gleiche Teilhabemöglichkeiten haben

Dr. Klaus DOLL, FDP

- Nach 5 – 8 Jahre an einem Wohnort kann darüber nachgedacht werden, sonst zu kompliziert und bürokratisch
- Also „Ja“ bei Präzisierung der „Sesshaftigkeit“ als 5 Jahre fester Wohnsitz

Maltke AYDIN, CDU

- Auswirkungen vom Ausland auf Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit anstreben
- Besser: Deutsche Staatsangehörigkeit erwerben

Kaweh MANSOORI, SPD

- Politische Bildung für alle statt Rechtsstaatsklassen für Ausländer*innen
- Klare Befürwortung des kommunalen Wahlrechts für hier Lebende (zahlen auch Steuern, ziehen Kinder groß etc.)
- Darüber hinaus Erleichterungen bei der Einbürgerung

Christian ZUCKERMANN, Bündnis 90/Die Grünen

- Sehr ähnliche Positionen wie SPD
- Außerdem starke Befürwortung der doppelten Staatsbürgerschaft und des kommunalen Wahlrechts

Engin EROGLU, Freie Wähler

- Überzeugung der FW: „ein Mensch = eine Stimme“
- Vorher aber gewährleisten, dass nicht bestimmte Menschen Wahlrecht in mehreren Ländern haben

Frage 4

Wie sehen Sie und Ihre Partei die Zukunft der Ausländerbeiräte?

Frank Tilo BECHER, SPD

- Ausländerbeiräte stärken, Kompetenzen und Zuständigkeiten möglicherweise erweitern, Antrags- und Initiativrecht stärken
- Ausländerbeiräte als starke Gruppe für Aushandlungsprozesse, wichtige Partner auch in der Diskussion sozialer Fragen
- Beispielsweise wirkt sich Mangel an Sozialwohnungen negativ auf Integration aus

Christian ZUCKERMANN, Bündnis 90/Die Grünen

- Begrüßen die Institution Ausländerbeirat und profitieren davon
- Ausländerbeiräte nicht ersetzbar – wehren sich gegen Abschaffung
- Der KAB ist eine vernetzende Stelle. Davon profitieren auch Fraktionen, die nicht den Erhalt wollen

Freie Wähler

- Wir stärken die Ausländerbeiräte, wollen sie auf keinen Fall beschränken
- Wichtig für die politische Bildung

Malke AYDIN, CDU

- Beobachten Entwicklung mit großer Sorge wegen des Rückgangs der Wahlbeteiligung
- Idee der Weiterentwicklung zu Integrationsausschüssen in denen die Arbeit gebündelt wird
- Ausländerbeiräte gehen nicht sehr auf Kommunalpolitik zu, mehr Austausch notwendig

FDP

- Ausländerbeiräte haben wichtige Mittlerfunktion
- Langfristig sieht die FDP Ausländerbeiräte als Integrationsbeiräte mit erweiterter Ausstattung und regelmäßigem Austausch und offener, transparenter Kommunikation

Francesco ARMAN, Die Linke

- Auch wenn wenig Beteiligung: wichtiges Sprachrohr
- Erst wenn Kulturen gleichberechtigt nebeneinander bestehen können, könnten sich Ausländerbeiräte erübrigen

Christian ZUCKERMANN, Bündnis 90/Die Grünen

- Integrationsbeiräte = starker Einschnitt in die Funktion der Ausländerbeiräte

FDP und CDU

- Weiterentwicklung, nicht Abschaffung

3.	Diskussion
----	------------

Es folgt eine Diskussion, an der sich auch das Publikum rege beteiligt.

4.	Verschiedenes
----	---------------

Es gibt keine weiteren Mitteilungen oder Anfragen.

Die Vorsitzenden Zeynal SAHIN und Tim VAN SLOBBE schließen die Sitzung der Ausländerbeiräte um 20:40 Uhr.

Tim van Slobbe
Vorsitzender KAB

Markéta Roska
Schriftführerin KAB